

- 2 Gender Neue Perspektiven im Aufsichtsrat
- 3 EU-Wahl Votum für ein soziales Europa
- 4 Euro Wie die Währungsunion zu retten ist
- 6 Private Equity Gesundheitsbranche im Visier

EUROPA

Mindestlohn steigt fast überall

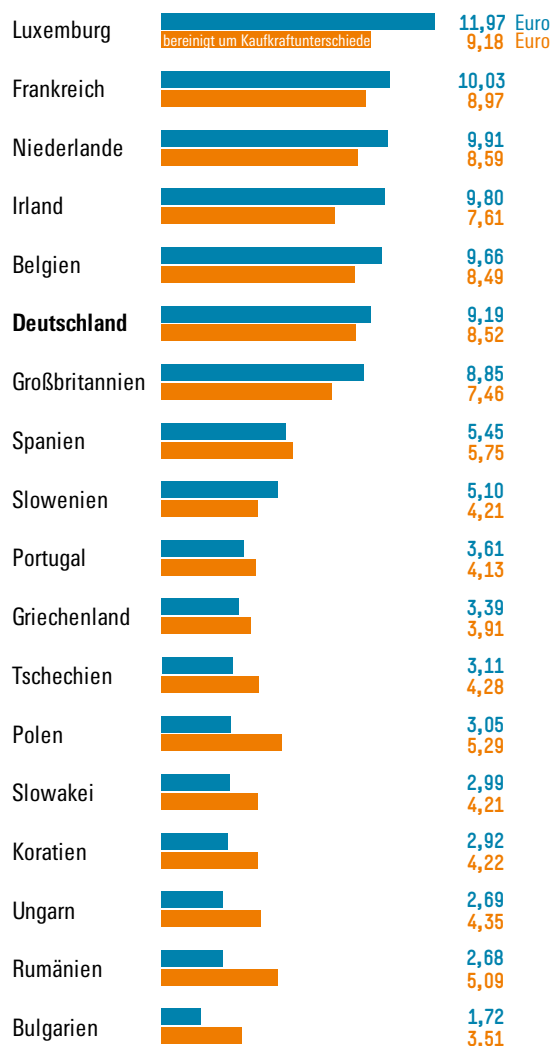
Die Mindestlöhne in der EU sind deutlich angehoben worden. Damit setzt sich der Trend hin zu einer dynamischeren Entwicklung fort.

Die Mindestlöhne in den 22 EU-Staaten, die über eine gesetzliche Lohnuntergrenze verfügen, sind kräftig angehoben worden: Nominal sind sie seit der zweiten Hälfte 2018 im Schnitt um 4,8 und nach Abzug der Inflation um 2,7 Prozent gestiegen. Erstmals seit sieben Jahren wurde auch der griechische Mindestlohn wieder erhöht. Lettland hat als einziges Land auf eine Anpassung verzichtet. Das zeigt der neue Mindestlohnbericht des WSI. In Deutschland ist der Mindestlohn mit 9,19 Euro pro Stunde weiterhin spürbar niedriger als in den anderen westeuropäischen Euroländern, wo Arbeitgeber mindestens 9,66 Euro zahlen müssen, in Frankreich erstmals über zehn und in Luxemburg sogar 11,97 Euro. Schaut man auf die Kaufkraft, profitieren die Mindestlohneempfänger in Deutschland etwas vom im westeuropäischen Vergleich niedrigeren Preisniveau.

„Insgesamt ist innerhalb der EU bereits seit einigen Jahren ein Trend zu deutlich höheren Min-

Untergrenzen in Europa

Der gesetzliche Mindestlohn pro Stunde beträgt in ...



destlohnsteigerungen zu beobachten, der sich auch 2019 weiter fortgesetzt hat“, schreiben die WSI-Tarifexperten Thorsten Schulten und Malte Lübker. Am stärksten sei die Dynamik in den mittel- und osteuropäischen Ländern, wo die Zuwachsraten meist zwischen sieben und zehn Prozent liegen. In West- und Südeuropa reichen die Anhebungen von 1,4 Prozent in den Niederlanden bis 4 Prozent in Deutschland – allerdings für zwei Jahre, da 2018 nicht erhöht wurde – und 4,4 Prozent in Großbritannien. In Spanien wurde die Lohnuntergrenze sogar um gut 22 angehoben – mit dem erklärten Vorsatz der Regierung, den Mindestlohn im Verhältnis zum mittleren Lohn zu erhöhen. Die britische Regierung hat 60 Prozent des mittleren Lohns bis 2020 als Ziel ausgegeben.

Ab diesem Niveau können Löhne nach Ansicht von Armutsforschern als einigermaßen „existenzsichernd“ gelten. Vorschläge, europaweit ein entsprechendes Mindestniveau zu verankern, finden nach Analyse der WSI-Experten zunehmend Unterstützer. So ist im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbart, dass sich die deutsche Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr um einen „europäischen Rechtsrahmen für Mindestlöhne“ bemühen soll. <

Neue Perspektiven im Aufsichtsrat

Weibliche Aufsichtsratsmitglieder tun sich nicht nur durch Fachkompetenz hervor. Sie tragen auch zur Versachlichung von Diskussionen und zur Konfliktlösung bei.

Seit drei Jahren gilt die Quote: Für Aufsichtsräte börsennotierter Kapitalgesellschaften mit paritätischer Mitbestimmung ist ein Frauenanteil von mindestens 30 Prozent gesetzlich vorgeschrieben. Auf die betroffenen Unternehmen dürfte sich diese Vorgabe laut einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie positiv auswirken: Jasmin Joecks, Kerstin Pull und Katrin Scharfenkamp von der Universität Tübingen haben untersucht, wie Aufsichtsräte die Rolle weiblicher Mitglieder wahrnehmen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Frauen in mehrfacher Hinsicht zu besseren Entscheidungen beitragen.

Die Wirtschaftswissenschaftlerinnen haben für ihre Untersuchung 17 Mitglieder von Aufsichtsräten börsennotierter Konzerne und eines Familienunternehmens in unterschiedlichen Branchen ausführlich befragt. Als Interviewpartner standen neun Frauen und acht Männer zur Verfügung, acht Arbeitnehmervertreter und neun von der Kapitalsseite.

Die Teilnehmer der Studie wurden aufgefordert, eine typische Situation zu beschreiben, die sie in ihrer Tätigkeit als Aufseher erlebt haben, und die Rolle von Frauen in dieser spezifischen Situation zu reflektieren. Diese Befragungstechnik sollte den Forscherinnen zufolge die Interviewten davon abhalten, Geschlechterstereotype zu reproduzieren, ohne sie mit eigenen Erfahrungen zu untermauern. Das sei ein Vorteil gegenüber abstrakten Fragen nach der Rolle von Aufsichtsrätinnen oder hypothetischen Situationen.

Als typische Arbeitssituationen wurden offizielle Aufsichtsratssitzungen, informelle Unterhaltungen außerhalb von Sitzungen oder vorbereitende Treffen der Arbeitnehmerbank oder der Kapitalvertreter geschildert. Inhaltlich ging es um Jahresberichte, Vorschläge für die Berufung neuer Aufsichtsräte oder Anträge des Vorstands.

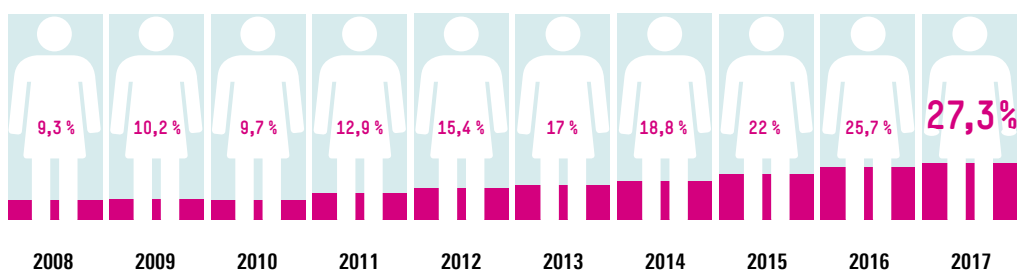
Die Frage, ob die ausgewählte Situation mit mehr Frauen anders verlaufen wäre, haben die meisten Befragten zunächst verneint. Das Geschlecht spiele keine Rolle, die Persönlichkeit sei entscheidend. Weibliche Aufsichtsräte seien nicht wegen ihres Geschlechts, sondern wegen ihrer Kompetenz berufen worden. Mehrfach wurde allerdings auch betont, dass Frauen sich in ihrer Expertise von Männern unterscheiden. Sie brächten neue Perspektiven und Erfahrungen ein: „Sie nehmen andere Dinge wahr und nehmen Dinge anders wahr.“ Erwähnt wurde auch, dass sie im Ver-

gleich zu Männern praktischer orientiert sind und nicht in erster Linie ihre eigene Performance im Blick haben. Offenbar zeichneten sich Frauen also durch einzigartige Expertise aus, die zu besseren, ausgewogeneren Entscheidungen beitragen dürfte, so die Autorinnen.

Aus den Interviews geht zudem hervor, dass Frauen mehr Objektivität in die Diskussionen bringen, sie versachlichen und entemotionalisieren. Männer neigten zu Abschweifungen sowie dazu, bereits Gesagtes noch einmal zu sagen, bloß um mitzureden. Je mehr Frauen im Raum sind, desto kürzer fielen die Beiträge aus, desto mehr näh-

Aufsichtsräte werden weiblicher

So hoch war der Frauenanteil in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen ...



Dax, MDax, SDax, TecDax; Quelle: WSI-Genderdatenportal 2018 Grafik zum Download: bit.do/impuls149

Hans Böckler
Stiftung

men sich alle zurück. Weibliche Aufsichtsräte stellen nach Ansicht der Befragten auch mehr Fragen, wünschen Erklärungen, wollen mehr Details wissen, dulden kein rüdes Verhalten. Schon ihre Anwesenheit habe eine disziplinierende Wirkung auf Männer: Niemand wolle sich durch Herumbrüllen blamieren, es gebe weniger persönliche Angriffe.

Eine weitere wichtige Rolle, die die Befragten weiblichen Aufsichtsräten zuschreiben, ist die der Vermittlerin: Frauen seien besser in der Lage, unterschiedliche Interessen und Meinungen auszutarieren und in Pattsituationen als „Eisbrecher“ zu fungieren. Das sei besonders wichtig in mitbestimmten Aufsichtsräten, wo es außerhalb der offiziellen Sitzungen wenig Kommunikation zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und der Anteilseigner gebe.

Alles in allem, so die Schlussfolgerung der Wissenschaftlerinnen, spreche einiges dafür, dass weibliche Mitglieder die Funktionalität von Aufsichtsräten verbessern: Durch neue Sichtweisen erleichterten sie innovative Lösungen, durch Versachlichung machten sie Diskussionen effizienter, als Vermittlerinnen ermöglichten sie Kompromisse in verfahrenen Situationen. <

Quelle: Jasmin Joecks, Kerstin Pull, Katrin Scharfenkamp: Perceived roles of women directors on supervisory boards: Insights from a qualitative study, German Journal of Human Resource Management 1/2019

Votum für ein soziales Europa

Die Wahlberechtigten in Deutschland erwarten in Europa mehr Engagement für Arbeitnehmerinteressen.

Die EU durchlebt vor der Europawahl am 23. Mai schwierige Zeiten: Der Brexit droht chaotisch zu werden, der US-Präsident droht mit Handelskrieg, rechtspopulistisch dominierte Regierungen strapazieren die Geduld der europäischen Partner. Nichtsdestoweniger bringen die meisten Deutschen dem europäischen Projekt Wohlwollen entgegen. Das zeigt eine repräsentative Befragung von rund 2700 Wahlberechtigten, die das Berliner Forschungsinstitut Policy Matters im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt hat. Die EU sollte sich nach Ansicht der Befragten neben sicherheitspolitischen Zielen mehr Lohngerechtigkeit und Arbeitnehmerrechte auf die Fahnen schreiben.

Was den grundsätzlichen Nutzen angeht, betrachten der Umfrage zufolge 37 Prozent der Deutschen die Mitgliedschaft in der EU als eher vorteilhaft, 24 Prozent als nachteilig. 39 Prozent gehen davon aus, dass sich Vor- und Nachteile die Waage halten. Deutliche Unterschiede zeigten sich dabei, wenn man die Befragten in „politische Typen“ einteilt, schreiben die Experten. Ausgesprochen EU-affin seien die „kritische Bildungselite“ und das „engagierte Bürgertum“. Die „zufriedene Generation Soziale Marktwirtschaft“ und die „konservativen Besitzstandswahrer“ sähen zwar auch Nachteile, hätten aber insgesamt ein eher positives Bild von der EU. Bei den „gesellschaftlichen Einzelkämpfern“, den „verunsicherten Leistungsindividualisten“, den „desillusionierten Arbeitnehmern“ und den „missachteten Leistungsträgern“ hielten sich Licht- und Schattenseiten die Waage. Das „abgehängte Prekariat“ empfinde die EU-Mitgliedschaft als nachteilig.

Über die reine Kosten-Nutzen-Erwägung hinaus fällt die Bewertung mehrheitlich positiv aus: 56 Prozent aller Befragten halten die EU für „eine gute Sache“, nur jeder Siebte ist dezidiert gegenteiliger Ansicht. Unter den Arbeitnehmern fällt das Urteil noch etwas günstiger aus als in der Gesamtbevölkerung: 40 Prozent sehen vor allem Vorteile, 61 Prozent attestieren der EU, eine gute Sache zu sein.

Von dieser positiven Grundhaltung zeugt auch der Wunsch nach mehr Kooperation. Eine große Mehrheit von 83 Prozent spricht sich für eine intensivere Zusammenarbeit aus, bei der allerdings nicht zwingend die gesamte Union im gleichen Tempo vorangehen muss: 72 Prozent votieren für ein Kerneuropa. Bei der Frage, ob es eine Europäische Regierung geben sollte, ist die Bevölkerung gespalten: 53 Prozent sind dafür, 47 Prozent dagegen. Die Aufnahme weiterer Länder in die EU wird überwiegend abgelehnt.

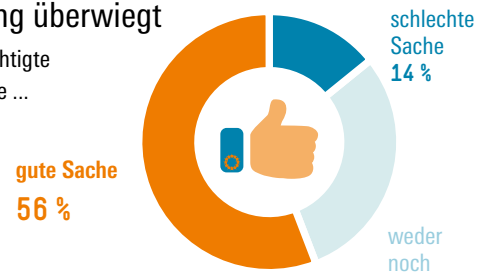
Eher skeptisch stehen die Deutschen der Auswertung zufolge den institutionellen Strukturen gegenüber: „Die grundsätzliche Sympathie für die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU ist nicht unterfüttert mit einer ausgeprägten Akzeptanz ihrer Institutionen.“ Nur ein Drittel hat demnach großes oder sehr großes Vertrauen in die Kommission, die Europäische Zentralbank oder das Parlament. Am besten

schneidet noch der Europäische Gerichtshof ab – ähnlich wie bei Befragungen zu nationalen Institutionen genießt die Justiz relativ viel Vertrauen.

Vornehmste Pflicht der EU ist nach Ansicht der Befragten die Friedenssicherung auf dem Kontinent: Die Wichtigkeit dieser Aufgabe wird auf einer Skala von 1 bis 7 im Schnitt mit 6,2 beziffert. Ähnlich hohe Werte erreichen die Themen Terrorbekämpfung und Schutz vor Kriminalität. Das Sicherheitsbedürfnis der Wähler schein also sehr ausgeprägt zu sein, heißt es in der Analyse. Andererseits werde ebenfalls erwartet, dass die EU die Freiheit des Einzelnen bewahrt.

Die Zustimmung überwiegt

Deutsche Wahlberechtigte halten die EU für eine ...



Quelle: Policy Matters 2019 Grafik zum Download: bit.do/impuls1450

Hans Böckler Stiftung

Darüber hinaus liegt den Wahlberechtigten die Durchsetzung von Gerechtigkeit am Herzen: Die Aufgabe, Frauen und Männern gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit zu garantieren, rangiert auf der Wichtigkeits-Skala im Schnitt bei 5,8. Genauso hoch im Kurs steht die gerechte Besteuerung internationaler Unternehmen. Den Zielen, Beschäftigte vor Arbeitsplatzverlust zu schützen sowie die Arbeitnehmerrechte auszubauen, wird jeweils ein Wert von 5,5 zugemessen. Dagegen ist die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung den Deutschen weniger wichtig, auch Migration zählt nicht zu den Top-Themen.

Den von den Befragten wahrgenommenen Handlungsbedarf haben die Experten von Policy Matters ermittelt als Differenz zwischen der Wichtigkeit einer Aufgabe und dem Grad der Erfüllung durch die EU, der ebenfalls auf einer siebenstufigen Skala erfasst wurde. Am größten fällt diese Differenz mit 2,6 bei der fairen Besteuerung internationaler Konzerne aus, die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern steht mit 2,4 an zweiter Stelle. Beim Schutz vor Jobverlust und bei der Stärkung der Arbeitnehmerrechte werden Werte von 2,0 und 1,8 erreicht. Resümee der Meinungsforscher: „Die Vertretung der Belange von Arbeitnehmern gehört aus Sicht der Deutschen zu den wichtigsten Aufgaben des künftigen Europaparlaments und zudem zu den Aufgaben mit dem größten Handlungsdruck.“ <

Quelle: Richard Hilmer, Norman Prange: Europa vor der Wahl – in Sorge vereint, Februar 2019
Download: bit.do/impuls1451

Wie die Währungsunion zu retten ist

Der aktuelle wirtschaftliche Aufschwung der Eurozone ist fragil. Zu viele Probleme sind ungelöst. Ökonomen haben Vorschläge zur Stabilisierung der Währungsunion vorgelegt.

Ein durchaus löchriger Schutzschirm sei am Ende herausgekommen bei den bisherigen Versuchen, die europäische Währungsunion für den nächsten Sturm zu wappnen, resümieren IMK-Forscher Andrew Watt und seine Koautoren Jan Priewe und Hansjörg Herr. Die Ökonomen haben zusammen mit einer Reihe Kollegen eine Sammlung von Analysen und politischen Reformvorschlägen herausgegeben. Titel: Still time to save the euro – noch ist Zeit, den Euro zu retten. Darin setzen sich die Wissenschaftler mit den Hauptproblemen des Euroraums auseinander.

Veränderungen führen würden, ihnen aber politisch durchaus umsetzbar erscheinen.

So sollte die EZB ihre Rolle als Kreditgeber letzter Instanz, der Staaten im Notfall mit Liquidität versorgt, vollumfänglich wahrnehmen – nicht nur wie derzeit im Rahmen des sogenannten Europäischen Stabilitätsmechanismus, der die betroffenen Länder zu einer Art Offenbarungseid und zur Einhaltung strenger wirtschaftlicher Auflagen verpflichtet. Wegen des damit verbundenen „Stigmas“ versuchen die Mitgliedsstaaten heute solange es geht, ohne Hilfskredite

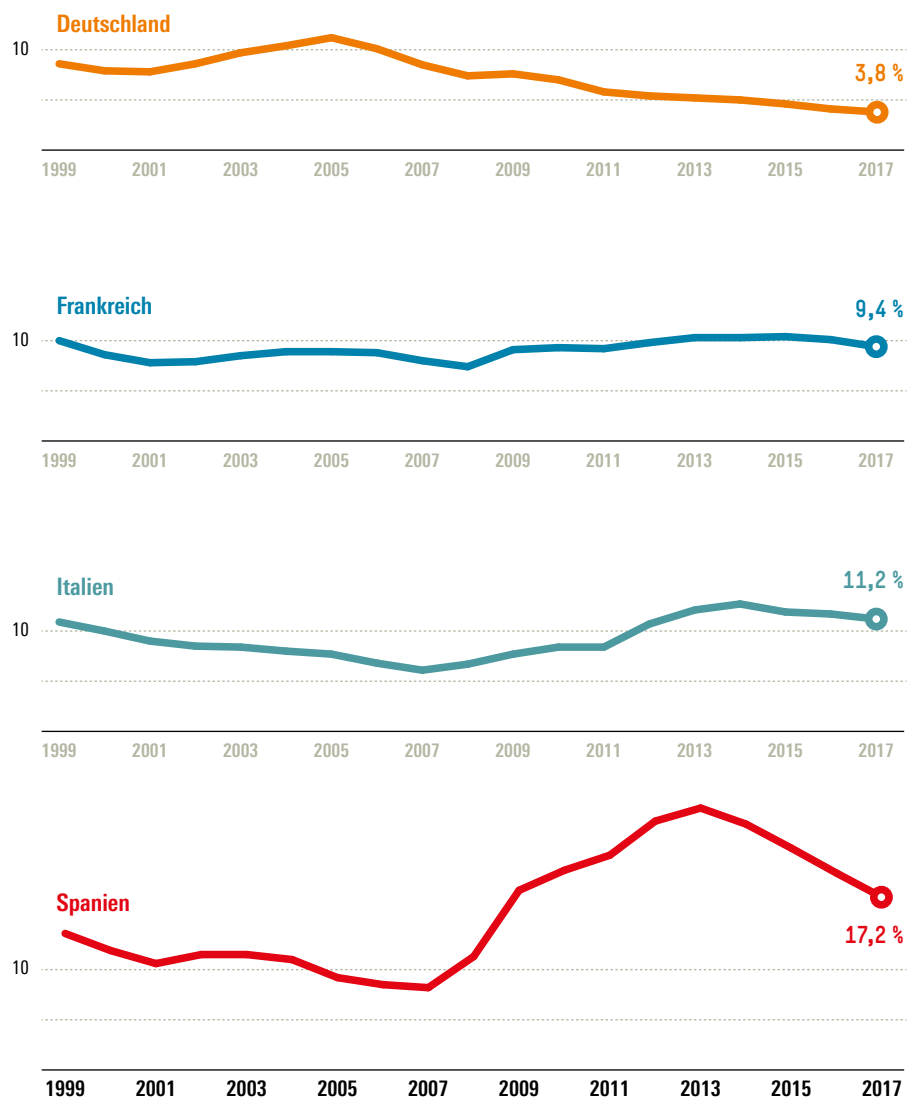
Die unvollendete Währungsunion

Die europäische Währungsordnung ähnele noch immer mehr dem Goldstandard der Vorkriegszeit oder dem Wechselkurssystem der 1980er-Jahre als einer echten Gemeinschaftswährung, schreiben Watt, Priewe und Herr. Für die Mitgliedsstaaten sei der Euro in mancher Hinsicht wie eine Fremdwährung, was ihren wirtschaftspolitischen Spielraum stark begrenze und in Krisenzeiten zur Verschärfung finanzieller und sozialer Probleme beitrage: Weil kein Verlass darauf ist, dass die Europäische Zentralbank (EZB) im Ernstfall als Kreditgeber letzter Instanz auftritt und Krisenländern aus der Patsche hilft, drohen Investoren gerade in kritischen Momenten, ihr Geld aus betroffenen Ländern abzuziehen, und kaufen dafür Anleihen anderer Mitgliedsstaaten, die als sicherer gelten. Das macht die Situation für angeschlagene Länder noch schlimmer.

Die idealtypische Lösung für diese Probleme wäre eine politische Union, die für eine einheitliche Wirtschaftspolitik und sozialen Ausgleich sorgt. „Die Geschichte zeigt, dass Währungsunionen ein bestimmtes Maß an politischer Integration erfordern“, so Watt, Priewe und Herr. Welche Minimalanforderungen erfüllt sein müssten, damit die Währungsunion störungsfrei funktioniert, sei zwar umstritten, es herrsche aber Einigkeit, dass der aktuelle Stand der Integration unzureichend sei. Deshalb unterbreiten die Wissenschaftler einige pragmatische Vorschläge, die zwar zu substanziellen

Im Süden öfter ohne Job

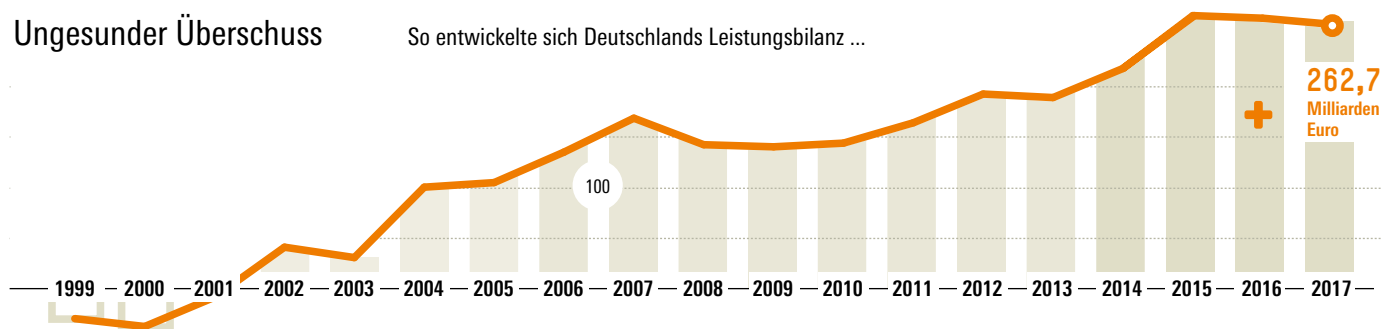
So entwickelte sich die Arbeitslosigkeit in ...



Arbeitslosenquote nach ILO-Definition; Quelle: Eurostat 2019
 Grafik zum Download: bit.do/impuls1452 Daten: bit.do/impuls1453

Ungesunder Überschuss

So entwickelte sich Deutschlands Leistungsbilanz ...



Quelle: Ameco 2019 Grafik zum Download: bit.do/impuls1454 Daten: bit.do/impuls1455

Hans Böckler
Stiftung

auszukommen, was ihre Lage nach Einschätzung der Autoren oft noch verschlechtert.

Der Abschreckungseffekt ist politisch gewollt. Damit, so das Argument, kein Land im Vertrauen darauf, dass es ja am Ende sowieso von der Union gerettet wird, finanzpolitisch die Zügel schleifen lässt. Diese Befürchtung halten die Wissenschaftler zwar grundsätzlich für legitim, jedoch für übertrieben. Selbst wenn es einmal so käme, sei es trotzdem das geringere Übel, wenn die EZB stabilisierend eingreife. Schließlich rücke die Feuerwehr ja auch im Falle von Brandstiftung aus, da sonst die ganze Nachbarschaft in Gefahr gerate. Der Prozess gegen die Schuldigen werde erst eröffnet, wenn das Feuer gelöscht sei.

Eine Alternative bestünde laut Watt und Kollegen darin, gemeinsame Staatsanleihen, Eurobonds, einzuführen, um Risiken besser zu verteilen und zu verhindern, dass die Finanzmärkte plötzlich einzelnen Ländern Anschlusskredite verweigern. Zum Beispiel könnte ein „europäisches Schatzamt“ die Ausgabe neuer Gemeinschaftsanleihen zum Zwecke öffentlicher Investitionen übernehmen, während die bestehenden Anleihen weiter in nationaler Obhut blieben.

Lückenhafte Bankenunion

In Sachen europäische Bankenaufsicht attestieren die Wissenschaftler der Eurozone deutliche Fortschritte. Zumindest über die großen Banken wacht nun die EZB direkt und für die Rettung oder Abwicklung überschuldeter Banken wurden Regeln festgelegt. Der neu aufgelegte und von den Banken gespeiste Notfall-Fonds, der bis 2023 ein Volumen von 55 Milliarden Euro haben soll, dürfte im Fall „systemischer“, also nicht nur einzelne Institute betreffender Krisen allerdings kaum ausreichen, befürchten die Autoren. Zudem sei eine europäische Einlagensicherung vonnöten. Ungelöst sei nach wie vor das Problem des „Teufelskreises“ zwischen Banken- und Staatsschuldenkrisen: Geraten die Staatsanleihen unter Druck, schwindet damit auch die Bonität der Banken, die diese Papiere halten. Umgekehrt steigt die Staatsschuld schnell deutlich an, wenn Regierungen den Banken unter die Arme greifen müssen. Beides lähmt die Konjunktur – was die Situation der Banken wie der Staatsfinanzen weiter verschlechtert. Auch hier sollten europäische Auffangmechanismen im Sinne eines Kreditgebers letzter Instanz geschaffen werden, regen Watt und seine Kollegen an. Weiterhin müsse die Regulierung sogenannter Schattenbanken und internationaler Kapitalströme verbessert sowie die Konzentration im Bankensektor – Stichwort: too big to fail – angegangen werden.

Fehlgesteuerte Finanzpolitik

Im Krisenjahr 2009 haben Europas Finanzminister das Richtige getan: dem Konjunkturerinbruch mit Ausgabenprogrammen entgegengesteuert. Doch schon 2011 kam der Umschwung zur Sparpolitik. Seitdem verhalten sich in viele Staaten im Euroraum „prozyklisch“ – in schlechten Zeiten wird gespart, was die Wirtschaft weiter bremst. Dabei täte eine antizyklische Politik not – idealerweise durchgeführt von einem europäischen Finanzministerium mit einem Haushaltsvolumen, das mehreren Prozentpunkten der europäischen Wirtschaftsleistung entspricht. Da dieser Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron derzeit nicht mehrheitsfähig ist, plädieren die Ökonomen dafür, zumindest sogenannte automatische Stabilisatoren für die Konjunktur wie eine europäische Arbeitslosenversicherung einzuführen und die auf Schuldenquoten statt Wirtschaftsentwicklung fixierten europäischen Fiskalregeln zu modifizieren. Dafür liegen verschiedene Vorschläge vor. Insbesondere müssten die öffentlichen Investitionen gefördert werden.

Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen

Große Überschüsse und Defizite im Waren- und Kapitalverkehr haben sich bereits vor der Krise aufgebaut und bleiben ein ungelöstes Problem der Währungsunion. Sie machen einzelne Staaten anfällig für Krisen. Es gibt keinen wirksamen Mechanismus, der die Ungleichgewichte systematisch und symmetrisch – also von beiden Seiten – reduziert. Die Forscher regen an, Institutionen und Regeln zu schaffen, die für einen Ausgleich sorgen, nicht zuletzt in dem die Sozialpartner stärker in die wirtschaftspolitischen Beratungen besser einbezogen werden. Dabei dürfe es nicht nur darum gehen, Defizitländer abzustrafen. Vielmehr müssten auch Überschussländer dazu gebracht werden, zum Beispiel durch höhere Lohnsteigerungen oder öffentliche Ausgaben ihren Teil beizutragen. Würde etwa Deutschland mehr importieren, könnte in Südeuropa mehr produziert werden.

Schließlich, betonen die Wissenschaftler, bedürfe die europäische Wirtschaftspolitik einer stärkeren demokratischen Kontrolle. An die Stelle eher informeller, aber mächtiger Institutionen wie der Euro-Gruppe sollten vom europäischen Parlament kontrollierte Gremien treten. <

Quelle: Andrew Watt, Jan Priewe, Hansjörg Herr: Still time to save the euro, Januar 2019
Download: bit.do/impuls1456

Gesundheitsbranche im Visier

Das Geschäft von Finanzinvestoren in Deutschland boomt. Die Firmenjäger greifen vor allem nach mittleren und kleineren Unternehmen. Das Nachsehen haben oft die Beschäftigten.

Private-Equity-Gesellschaften haben 2017 insgesamt 274 Unternehmen in Deutschland übernommen – rund 30 Prozent mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig erreichte das Transaktionsvolumen mit bis zu 24,5 Milliarden Euro einen Höchststand. Besonders aktiv waren internationale Investoren in der Gesundheitsbranche. Für Beschäftigte und Arbeitnehmervertreter ist der Umgang mit den neuen Eigentümern oft nicht einfach. Das zeigt der aktuelle „Private Equity Monitor“, den Christoph Scheuplein vom Institut Arbeit und Technik für die Hans-Böckler-Stiftung erstellt hat. Die jährliche Auswertung stellt die einzige regelmäßig erscheinende wissenschaftliche Berichterstattung zu den Aktivitäten von Private Equity in Deutschland dar.

Private Beteiligungsgesellschaften gelten als besonders aktive Finanzinvestoren, ihr Geschäftsmodell besteht aus dem Kaufen und Verkaufen von Unternehmen. Auffällig ist, dass sie es im vergangenen Jahr verstärkt auf kleine und mittlere Unternehmen abgesehen hatten. Nur in zwei Fällen wurden Unternehmen mit mehr als 5000 Beschäftigten aufgekauft, im Schnitt hatten die übernommenen Firmen 340 Mitarbeiter. Die Zahl der insgesamt von Übernahmen betroffenen Arbeitnehmer sank um 13 Prozent auf 93 200, obwohl es deutlich mehr Transaktionen als im Vorjahr gab.

Auf kurzfristigen Erfolg aus

Die Zahl der Verkäufe durch Private Equity stieg 2017 um neun Prozent auf 110. Dabei fehlten umsatz- und beschäftigungsstarke Firmen: Nur ein Unternehmen mit mehr als 5000 Beschäftigten wurde verkauft. Aus diesem Grund ging die Zahl der von Verkäufen betroffenen Beschäftigten um mehr als ein Drittel auf 64 000 zurück. In knapp 60 Prozent der Fälle verkauften Finanzinvestoren an andere Finanzinvestoren, was als „Secondary Buyout“ bezeichnet wird. Außerdem haben sich Private-Equity-Gesellschaften in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Verkaufspartner für chinesische Unternehmen entwickelt. Von den 182 Unternehmen, die Chinas Investoren in den Jahren 2011 bis 2017 in Deutschland erwarben, stammten insgesamt 43 Unternehmen aus dem Eigentum eines Finanzinvestors.

Das Engagement von Private-Equity-Investoren ist häufig kurzfristig angelegt. Im Schnitt waren die Beteiligungsgesellschaften, die 2017 ein Unternehmen aus Deutschland verkauften, erst fünf Jahre zuvor eingestiegen. Ein Grund: Die Gesellschaften beschaffen Kapital überwiegend über Fonds, in denen institutionelle Investoren und vermögende Privatpersonen ihr Geld anlegen. Die Laufzeit dieser Fonds ist in der Regel begrenzt, in dieser Zeit muss eine möglichst hohe Rendite erzielt werden. Aus Sicht der Investoren ergebe es Sinn, so Scheuplein, den schnellen Erfolg zu suchen: durch die Veräußerung von Vermögenswerten, das Abstoßen von vermeintlichen Randbereichen, Outsourcing, Aufspaltung, Stellenabbau. Neue Produkte zu entwickeln oder

Zukunftsmärkte zu erschließen, komme hingegen zu kurz. Und wenn ein Finanzinvestor nach wenigen Jahren aussteigt, stehe ein weiterer Eigentümerwechsel an – mit erneuten Veränderungen von Unternehmensstrategien, Geschäftsfeldern und Standorten. Die Beschäftigten erlebten diese Wechsel häufig als eine Zeit der jahrelangen Unsicherheit.

Schwerer Stand für die Mitbestimmung

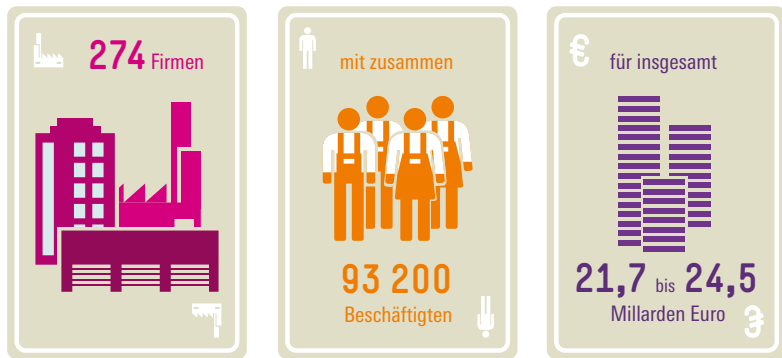
Die Mitbestimmung im Aufsichtsrat bleibt vielen Arbeitnehmern vorenthalten: Firmen im Eigentum von Private Equity ignorierten oder verwehrt Mitbestimmungsrechte häufiger, als das im Durchschnitt vergleichbarer Unternehmen vorkomme, konstatiert der Forscher. 39 Unternehmen, die im Jahr 2017 im Besitz einer Beteiligungsgesellschaft waren, hatten mehr als 2000 Beschäftigte in Deutschland. Sie müssten laut Gesetz paritätisch mitbestimmt sein. Tatsächlich war das aber nur in der Hälfte der Unternehmen der Fall, wobei 18 Unternehmen die gesetzlichen Vorgaben ignorierten und in drei weiteren Unternehmen die Mitbestimmung aktiv vermieden wurde, etwa durch die Einschaltung einer Holding in der Rechtsform einer Societas Europaea. In den Unternehmen mit 500 bis 1999 Beschäftigten, bei denen das Gesetz ein Drittel der Aufsichtsratssitze für Arbeitnehmer vorsieht, fiel die Vermeidungsquote noch höher aus. Von allen im Jahr 2017 übernommenen Unternehmen waren fast 90 Prozent nicht drittelparitätisch mitbestimmt. „Vermeidung und Ignorierung von Mitbestimmung verstoßen nicht nur gegen geltende Gesetze. Sie zeigen auch, dass die Investoren nicht an einer langfristigen Entwicklung im Sinne aller Beteiligten interessiert sind“, erklärt Alexander Sekanina, Experte des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung.

Auch auf Ebene der betrieblichen Mitbestimmung ergeben sich Probleme: Wenn sich Finanzinvestoren ins operative Geschäft einmischen, verringert sich der Entscheidungsspielraum der Geschäftsführung vor Ort. Damit kann den Betriebsräten ihr Gesprächs- und Verhandlungspartner verloren gehen – erst recht, wenn es sich bei den neuen Eigentümern um Investoren handelt, die ihren Sitz im Ausland haben.

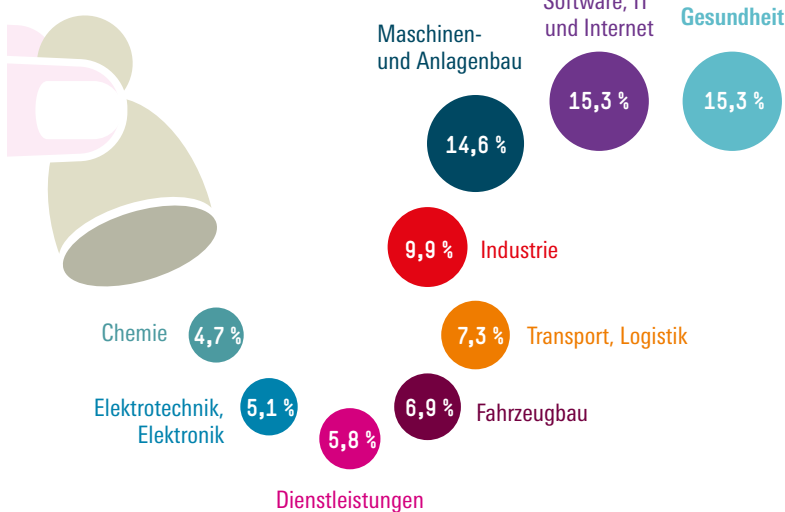
Während die in Deutschland ansässigen Private-Equity-Gesellschaften in früheren Jahren die Mehrheit der Buyouts tätigten, ist ihr Anteil 2017 auf 38 Prozent gefallen. Auf Gesellschaften aus Großbritannien und den USA entfielen rund 31 Prozent der Käufe. Die Finanzinvestoren mit einem Sitz in Frankreich oder Benelux, die 2016 einen starken Anstieg erlebten, konnten ihre Position halten mit einem Anteil von 16 Prozent. Bemerkenswert waren einige große Transaktionen schwedischer Investoren. Sie hatten zwar nur einen Anteil von 5 Prozent an allen Buyouts, davon betroffen war allerdings ein Fünftel der Beschäftigten von allen

Die Firmenhändler

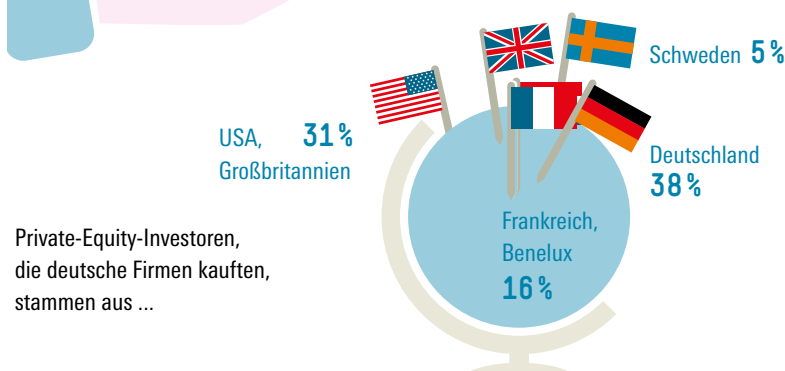
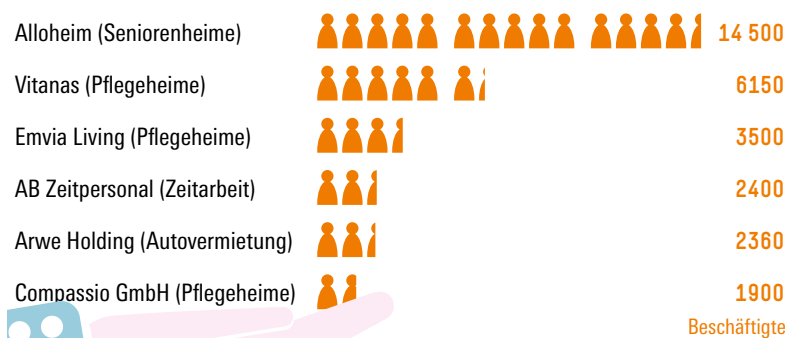
Private-Equity-Investoren übernahmen 2017 in Deutschland ...



Sie kauften Unternehmen aus den Branchen ...



Die Übernahmen mit den meisten betroffenen Arbeitnehmern waren ...



Private-Equity-Investoren, die deutsche Firmen kauften, stammen aus ...

übernommenen Firmen. Die in Deutschland aktiven Fonds zahlten ihren Anlegern 2017 im Schnitt eine Verzinsung von 18,6 Prozent – fast fünf Prozentpunkte mehr als die Fonds, die im Vorjahr in Deutschland aktiv gewesen sind. Diese außerordentliche Rendite könne auch deshalb erzielt werden, so der Wissenschaftler, weil die Fonds ihre Gewinne überwiegend in Steueroasen wie Guernsey und Jersey, den Kaimaninseln oder Luxemburg versteuern.

Finanzinvestoren entdecken das Gesundheitswesen

Die Gesundheitsbranche erlebte einen starken Anstieg an Übernahmen und nahm mit einem Anteil von rund 15 Prozent – gleichauf mit der Software- und Internetbranche – den ersten Rang ein. Gemessen an der Zahl der Beschäftigten lag sie mit einem Anteil von mehr als einem Drittel unangefochten auf dem ersten Platz. Ausschlaggebend dafür war zum einen die Übernahme mehrerer großer Pflegeheimbetreiber. Zum anderen haben Investoren eine Reihe von Arztpraxen übernommen, mit dem Ziel, diese zu international aufgestellten Unternehmensgruppen zusammenschließen. Das Aufkaufen kleinerer Betriebe und deren anschließende Zusammenlegung ist eine beliebte Strategie von Finanzinvestoren, bekannt unter dem Namen „Buy and Build“. Dass sie auch im deutschen Gesundheitssektor zum Einsatz kommt, ist durch regulatorische Veränderungen möglich geworden. Erst seit 2015 dürfen beispielsweise einzelne Zahnarztpraxen durch einen nicht-medizinischen Investor übernommen werden. „Das rasante Größenwachstum der neuen Pflegekonzerne und Facharztketten macht deutlich, dass es hier um eine Neuordnung der Branchen- und Wertschöpfungsstrukturen geht“, schreibt Scheuplein. Bei dieser Entwicklung handele es sich um eine „neue Dimension der Privatisierung und Finanzialisierung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge“. Wenn die Marktanteile in einigen Jahren neu verteilt sind, werde die Solidargemeinschaft mit neuen, handlungsstarken Akteuren konfrontiert sein. Die Leidtragenden könnten Patienten und Beschäftigte sein, warnt der Experte. „Es erscheint dringend erforderlich, den aktuellen Eingriff von Finanzinvestoren in den Gesundheitssektor wieder zu unterbinden.“

Quelle: Christoph Scheuplein: Private Equity Monitor 2018. Die aktuelle Tätigkeit von Finanzinvestoren in Deutschland, Mitbestimmungsreport Nr. 47, Februar 2019
Download: bit.do/impuls1458

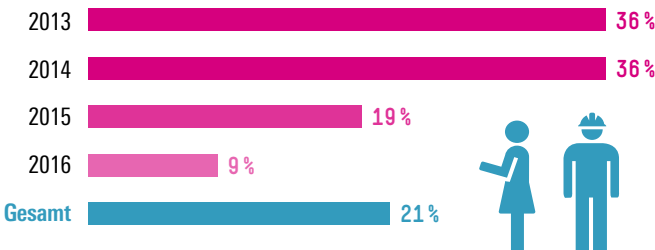
IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: +49 211 77 78-0
 Verantwortlich: Michael Guggemos, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung
 Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
 Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen
 Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann
 redaktion-impuls@boeckler.de
 Telefon: +49 211 77 78-631, Telefax: +49 211 77 78-4631
 Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
 Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

MIGRATION

Integration kommt voran

Erwerbstätig waren 2017 von den Geflüchteten, die in Deutschland leben seit ...



Quelle: DIW, IAB, Januar 2019 bit.do/impuls1459

EINKOMMEN

Spitzenverdiener weltweit enteilt

So hat sich der Anteil des obersten Prozents an allen Einkommen entwickelt in ...

	1980	2013
Indien	7,3%	21,6%
USA	10,7%	19,6%
Großbritannien*	6,7%	14,5%
China	6,4%	13,8%
Deutschland	10,6%	13,2%
Frankreich	8,2%	10,8%
Japan*	8,4%	10,4%
Schweden	4,1%	8,7%

*Großbritannien: Startjahr 1981, Japan: letztes verfügbares Jahr 2010

Quelle: World Wealth and Income Database (WID), Februar 2019 bit.do/impuls1460

ARBEITSWELT

Vereinbarkeit wichtig für angehende Ärzte



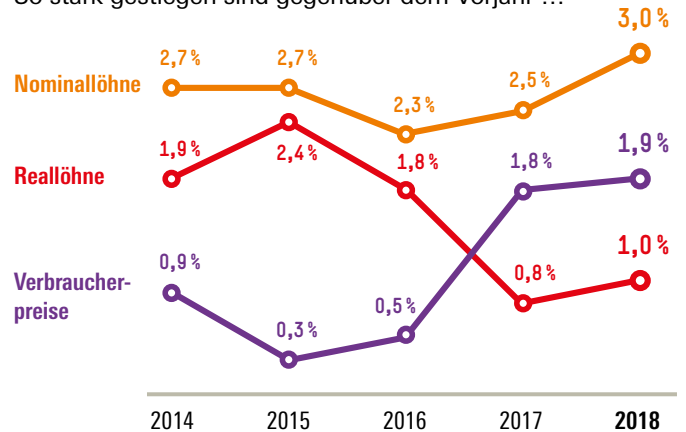
95 Prozent von 13000 befragten Medizinstudenten gaben in einer Studie der Kassennärztlichen Bundesvereinigung an, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei für sie das entscheidende Kriterium für die Wahl des Arbeitsplatzes. In einer eigenen Praxis wären gerne 53,5 Prozent tätig. Eine Tätigkeit als niedergelassener Hausarzt können sich 42,5 Prozent vorstellen.

Quelle: KBV, Januar 2019 bit.do/impuls1461

EINKOMMEN

Leicht im Plus

So stark gestiegen sind gegenüber dem Vorjahr ...



Quelle: Destatis, Februar 2019 bit.do/impuls1462

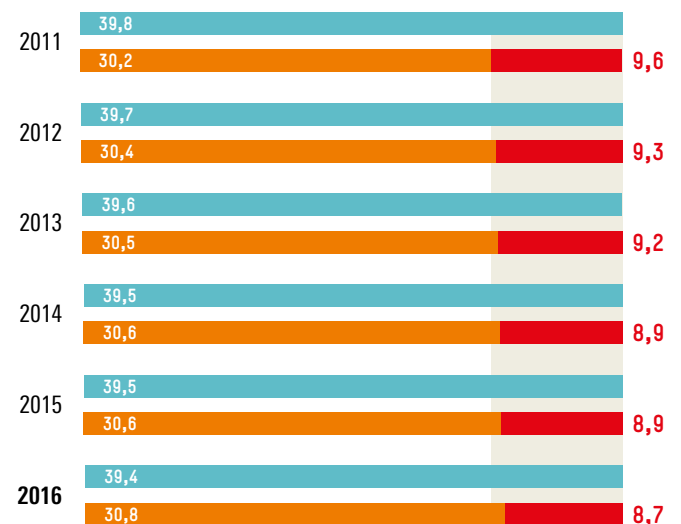
ARBEITSZEIT

Frauen holen langsam auf

Beschäftigte arbeiteten 2016 im Schnitt 35,2 Stunden in der Woche. Von einem unterschiedlichen Niveau ausgehend, haben sich die Arbeitszeiten von Männern seit 2011 leicht verringert, während Frauen heute länger arbeiten. Als Folge davon hat sich der sogenannte „Gender Time Gap“ reduziert.

Die durchschnittliche

Wochenarbeitszeit betrug bei ...



Quelle: IAQ, August 2018 bit.do/impuls1463